

wert.volles.erbe | Kommunale Museen zwischen Kontinuität, Wandel und Zukunftssicherung. Tagung des Museumsverbandes Baden-Württemberg e.V. am 21. und 22. November 2014 in Esslingen

## Zahlen, Daten, Fakten. Zur Situation kommunaler Museen

Axel Burkarth

"Zahlen, Daten, Fakten" – das klingt danach, als könne man die Situation der kommunalen Museen allein mit statistischen Methoden klar umreißen. Das ist selbstverständlich nicht der Fall und wäre auch nicht angemessen. Aber hilfreich ist ein Blick auf die Zahlen schon, wenn es darum geht, die Bedeutung der kommunalen Einrichtungen für die baden-württembergische Museumslandschaft besser zu verstehen.

Der aktuelle Museumsführer verzeichnet 1278 Museen, mehr als jemals zuvor und auch mehr als in den meisten anderen Bundesländern, von Bayern einmal abgesehen. Die schiere Zahl allein macht Baden-Württemberg zu einem Museumsland. Bei einer Gesamtzahl von 1100 Gemeinden könnte man von flächendeckender Versorgung sprechen, aber in Wirklichkeit verteilen sich diese Museen auf nur 570 Gemeinden. Mit anderen Worten: Fast die Hälfte der baden-württembergischen Gemeinden kommt ohne eigenes Museum aus. Und dies, so kann man mutmaßen, wird sich auf absehbare Zeit wohl nicht mehr ändern, denn die Zahl der Neugründungen, die es ja immer noch gibt – das prominenteste Beispiel liefert derzeit die Landeshauptstadt - , die Zahl der Neugründungen wird inzwischen durch die Zahl der Schließungen kompensiert. Insgesamt: stabile Verhältnisse, statistisch gesehen.

55 Prozent dieser Museen werden von den Gemeinden und Landkreisen getragen, sind also kommunale Museen im engeren Sinn. 6 Prozent sind Landeseinrichtungen, einige wenige trägt der Bund; 2,3 Prozent werden von Stiftungen betrieben; 0,4 Prozent als GmbH. Daneben werden rund 35 Prozent in privatrechtlicher Form geführt, und davon wiederum 28 Prozent von Vereinen, bei denen in aller Regel die Kommunen im Hintergrund durch direkte und indirekte Unterstützung aktiv sind, etwa indem den Vereinsmuseen städtische Gebäude mietfrei zur Verfügung gestellt werden. Rechnerisch werden also rund 80 Prozent aller Museen in Baden-Württemberg von Kommunen betrieben oder getragen. Es ist im Grunde das vertraute Bild: die Kommunen stellen in der Fläche die Grundversorgung sicher und tragen die Hauptlast der Kulturausgaben; allerdings dicht gefolgt von den Ländern. Übrigens sind in den westlichen Flächenstaaten die

Kulturausgaben zwischen 1995 und 2009 um 32,5 Prozent gestiegen. Das deutet zumindest darauf hin, dass die Kultur auch in Zeiten allgegenwärtiger Finanzkrisen nicht umstandslos ins Hintertreffen geraten ist.

Eher unauffällig ist auch das Gesamtbild der Museumlandschaft: Ein Großteil der Museen liegt im ländlichen Raum, nur 35 Prozent lassen sich urbanen Zentren zuordnen. Wirtschaftlich stärkere Regionen zeigen generell eine höhere Standortdichte als strukturschwache Gebiete. Und auch Regionen mit hohem Tourismusaufkommen weisen eine überdurchschnittliche Museumsdichte auf – wer hätte anderes erwartet in einem Bundesland, das trotz seiner vergleichsweise hohen Bevölkerungsdichte eher von mittleren und kleineren Gemeinden dominiert wird. Zwar führen ein knappes Drittel der Gemeinden die Bezeichnung "Stadt", doch nur neun Städte haben mehr als 100.000 Einwohner und nur vier mehr als 200.000 Einwohner, nämlich Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Freiburg – diese vier Städte rangieren nebenbei bemerkt bei den Kulturausgaben im interkommunalen Vergleich unter den ersten zehn in der Bundesrepublik.

In der Vielzahl der Museen, heißt es zuweilen, spiegle sich die historische Vielfalt des deutschen Südwestens mit mehr als 250 selbständigen Territorien am Vorabend der Französischen Revolution und dem Ende des Alten Reiches. Das leuchtet nur auf den ersten Blick ein, denn es kann nicht erklären, warum sich die Zahl der Museen in Baden-Württemberg seit Mitte der 1970er Jahre mehr als verdreifacht hat: als 1976 erstmals ein landesweiter Museumsführer erschienen ist, waren dort erst 346 Museen verzeichnet (Zur Erinnerung: 1278 sind es aktuell). Die heutige Museumlandschaft ist also ein vergleichsweise junges Gebilde, entscheidend geprägt von einer eminenten Gründungswelle in den 1980er und 1990er, einem nie gekannten Museumsboom, der heute fast schon legendär oder auch berüchtigt ist.

Den so genannten Museumsboom gab es nicht nur im Südwesten, sondern bekanntlich in ganz Deutschland. Aber es ist doch kein Zufall, dass diese Konjunktur in Baden-Württemberg eine ganz eigene Dynamik entwickelt hat und entwickeln konnte.

1975 ist so etwas wie ein Schlüsseljahr zur Erklärung dieses Phänomens. Mit diesem Jahr sind zwei Ereignisse verbunden, die sich zu mächtigen Antriebsmotoren für die Gründung neuer Museen entwickelt haben, ohne dass diese Schubwirkung beabsichtigt oder gar geplant gewesen wäre: Erstens der Abschluss der Verwaltungs- und Gebietsreform in Baden-Württemberg und zweitens die Denkmalschutz-Charta des Europarates und das damit verbundene Europäische Denkmalschutzjahr.

Vielleicht zunächst einige Worte zum Denkmalschutzjahr 1975. Die Bundesrepublik hatte mit den Wirtschaftswunderjahren einen beachtlichen Wohlstand erreicht, und auch schon mit Konjunkturflauten leben gelernt, als 1973 das Öl-embargo infolge des Jom-Kippur-Krieges erstmals scharf die Grenzen blinden Wachstums aufscheinen ließ. Den Botschaften des Denkmalschutzjahres war dadurch ein unerwartet fruchtbarer Boden bereitet. Und die deutschen Denkmalpfleger nutzten diese Chance, um den Denkmalschutz als gesellschaftspolitische Aufgabe neu zu verankern und durch die Neufassung der einschlägigen Gesetzgebung schlagkräftiger zu machen.

In den öffentlichen Debatten hatten die Denkmalpfleger vor allem mit einem Argument gepunktet: Dass nämlich der Wiederaufbau nach dem Krieg mehr historische Bausubstanz gekostet hatte als die unmittelbaren Kriegsschäden selbst. Mit diesem schlagenden Vergleich stand die Dimension des Problems jedermann einigermaßen krass vor Augen - mit der Folge, dass der Denkmalschutz eine Zeitlang regelrecht populär wurde.

Kaum zu überschätzen in ihrer Folgewirkung auf die kommunale Museumslandschaft in Baden-Württemberg ist jedoch die Gebiets- und Verwaltungsreform, die in den 1960er Jahren durch eine Große Koalition im Landtag in die Wege geleitet worden war und 1975 zum Abschluss kam. Die kommunale Selbstverwaltung gilt in Südwestdeutschland als eine der ältesten Rechtstraditionen, die seit dem Mittelalter fast ohne Unterbrechung Bestand hat. Und tatsächlich gibt die baden-württembergische Kommunalverfassung den Bürgern bis heute mehr Macht als anderswo. Umso schmerzhafter erschien die Neuordnung der kommunalen Landkarte durch die Verwaltungsreform der Regierung Filbinger: Die Zahl der Landkreise wurde nahezu halbiert; die Zahl der Gemeinden schrumpfte um mehr als Zweidrittel, 2278 Gemeinden mussten im Zuge der Reform ihre Selbständigkeit zugunsten neuer Verbundeinheiten aufgeben.

Heute, eine Generation später, ist der Umfang, aber auch die Brisanz dieses Reformunternehmens kaum noch nachvollziehbar: Die siedlungsbezogene, d.h. historisch gewachsene kommunale Selbstverwaltung wurde durch standardisierte Strukturen ersetzt, die ausschließlich nach funktionalen Kriterien gebildet worden waren. "Die Vergangenheit ist bewältigt, eine mit dem Blick auf die Zukunft des Landes geschaffene Ordnung hergestellt", schrieb Filbinger damals im Vorwort der neuen amtlichen Landesbeschreibung. Vergangenheitsbewältigung meinte hier die Überwindung historischer Disparitäten mit dem Ziel, in Zukunft überall vergleichbare Lebensbedingungen zu schaffen.

In den betroffenen Kommunen wurde die Gemeindereform jedoch zunächst als Autonomieverlust sichtbar: Ortsschilder wurden ausgewechselt, Rathäuser und Schulen geschlossen; Kommunalpolitik fand nicht mehr im Dorf statt, sondern im

neuen Mittelzentrum. Die Gründungswelle von Stadt- und Ortsteilmuseen in den Folgejahren war offenkundig eine Kompensation dieser Verlusterfahrung, die durch vielfältige Fördermaßnahmen unterstützt wurde, etwa durch Sanierungsprogramme für denkmalgeschützten Gebäude, so dass für die künftigen Museen ehemalige Schul- oder Rathäuser, Zehntscheuern und andere, prominent in der Ortsmitte gelegene Immobilien zur Verfügung standen, die sich alle in neuem Glanz präsentierten, aber durch die Gemeindereform funktionslos geworden waren. Das Land legte üppig ausgestattete Förderprogramme für die Einrichtung solcher Museen auf und gründete eine eigene Behörde für nichtstaatliche Museen, um die Zuschüsse zu verteilen und interessierte Kommunen und Vereine zu beraten.

Und so wurden zwischen 1975 und 1995 in Baden-Württemberg rund 600 Museen neu gegründet, das ist etwa die Hälfte des heutigen Gesamtbestandes. Darunter waren etwa 300 neue "Heimatismuseen", also kleinere, ehrenamtlich betriebene Museen mit ortsgeschichtlicher Thematik. Die thematische Ausrichtung all dieser Museen war durch die Gemeindereform gewissermaßen vorgegeben und stand nie wirklich zur Debatte. Nur die Art und Weise, wie solche Museen sich zu präsentieren hätten, war umstritten, und dabei ging es vor allem darum, welchen Grad von Professionalität man bei der Realisierung anstrebte.

Die meisten Kommunen nahmen bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal viel Geld für diesen Zweck in die Hand und man orientierte sich unwillkürlich an neuen Ausstellungsformaten, die Ende der Siebzigerjahre mit spektakulären Publikumerfolgen überraschten, allen voran die Stuttgarter Stauerausstellung, bei der die endlosen Warteschlangen das Lieblingsmotiv der Pressefotografen geliefert hatten. Bei dieser Ausstellung hatten erstmals Architekten das Erscheinungsbild bestimmt, eine Neuerung, die sich mit dem Museumboom zum Standard oder doch wenigstens zum Maßstab entwickelte.

Investitionen in sechsstelliger Höhe für die Einrichtung eines neuen Museums wurden zur Regel, und die Architekten veranschlagten für ihren "raumbildenden Ausbau" immense Summen. Das intuitiv-improvisierende Vorgehen bei der Einrichtung von Museen, bis dahin weit verbreitet, auch in professionell geführten Häusern, erschien dadurch plötzlich wie eine Spätform des bildungsbürgerlichen Dilettantismus. Auf diese Weise wurden im Vorfeld schriftlich niedergelegte Konzeptionen üblich, die dort, wo kein eigenes Fachpersonal vorhanden war, häufig von Studenten höherer Semester oder Absolventen in den einschlägigen Fächern erstellt wurden. Und meist aus diesen Reihen haben die Kommunen dann im Verlauf der Achtziger Jahre den wachsenden Personalbestand ihrer Museen rekrutiert. Die Nachwuchskräfte von damals, in etwa meine Alterskohorte, sind durch ihre zeitgleiche berufliche Sozialisation ein relativ geschlossener Verband, der sich unter dem Stichwort "Professionalisierung der Museumsarbeit" sehr viel

intensiver ausgetauscht hat, als die Vorgängergenerationen. Und wo sich so viele Gleichgesinnte austauschen, bleibt es nicht aus, dass man sich gegenseitig gern bestätigt, man sei schon auf dem richtigen Weg - auch dies ist ein Faktum, das das relativ einheitliche Erscheinungsbild der Museen in den vergangenen Jahrzehnten geprägt hat.

Kein Zweifel, die Museen haben sich in dieser Zeit mehr als wacker geschlagen. Nicht jedes Haus hat jeden Trend mitmachen wollen oder können, aber insgesamt wurde wenig ausgelassen, von dem man sich eine Attraktivitätssteigerung des Angebotes versprach, und es ist unverkennbar, dass die Methoden und Maßstäbe der Freizeit- und Unterhaltungsindustrie auch in den Museen an Einfluss gewonnen haben. Dabei laufen die Museen jedoch Gefahr, sich in Abwehr- und Überlebensstrategien gegen falsche Konkurrenzen zu verlieren. Erlebnisorientierung ist so ein zweischneidiges Schwert, das schnell dazu führt, dass der vom Freizeitmarkt verwöhnte Kunde auch im Museum einen schnell und "spielerisch" konsumierbaren Gegenwert für sein Geld erwartet, ohne dass man so genau sagen könnte, was eigentlich im Museum konsumiert werden soll.

Mit Tücken verbunden ist auch die Strategie größerer Häuser, ihre Attraktivität durch aufwändig präsentierte Sonderausstellungen und den massiven Einsatz möglichst populärer Vermittlungsformen zu steigern. Beides ist mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden, den sich nur die wenigsten Museen leisten können, und auch diejenigen, die hier Maßstäbe gesetzt haben, halten diese Strategie auf längere Sicht kaum durch, ohne erhebliche finanzielle Risiken einzugehen.

Jedenfalls ist in den zahllosen Debatten der letzten Jahre um besucherwirksame Betriebsformen und Betriebsmodelle die Frage nach der Relevanz der von den Museen verwalteten Kulturgüter und Wissensbestände etwas unter die Räder gekommen. Das hat zum einen natürlich mit der zentralen Bedeutung zu tun, die der Präsentationsmodus "Sonderausstellung" in den letzten 25 Jahren im Museumsbetrieb übernommen hat. Über den Leihverkehr mit anderen Museen, können die jeweils passenden Exponate zum Thema zumindest zeitweise ins Haus geholt werden, während man in der notorisch schlecht besuchten Dauerausstellung halt zeigen muss, was man alles noch so hat.

Das war schon mitten im Museumsboom ein Problem: Das Generalthema Orts-geschichte war durch die äußeren Umstände quasi als roter Faden vorgegeben und zweifellos auch aktuell, aber die vor Ort greifbaren Sammelbestände waren offenkundig nach anderen Kriterien zusammengetragen worden und erwiesen sich als sperrig gegenüber den Verwertungsansprüchen einer neuen Ausstellungsszenografie, so dass ein Großteil der Sammlungen in den Depots verstaut wurde, immer mit der Hoffnung, dass sich die Sachen im Rahmen von

Sonderausstellungen eines Tages vielleicht doch noch als nützlich erweisen könnten, was dann aber kaum je wirklich der Fall war.

Mit anderen Worten: die Generation der Museumsboomer ist deutlich weniger sammlungsaffin als die ihrer Vorgänger. Es sei eh viel zu viel vom ewig Gleichen gesammelt worden, hieß es mit Blick auf die Heimatmuseen selbst auf den zahlreichen Tagungen zur neu entdeckten Alltagskultur, die von der Volkskunde und den kulturgeschichtlichen Museen über die Jahre veranstaltet worden sind. Und hinter vorgehaltener Hand gestanden auch die Vertreter mittlerer und größerer Häuser, dass ihre Vorgänger leider die falschen Sachen gesammelt hätten.

Diese Einstellung wird verständlich, wenn man sich erinnert, dass die Museumsboomer an Hochschulen ausgebildet wurden, die stark von den Ideen der 68er geprägt waren, und mit dem Vorsatz angetreten sind, die Museen zu Foren gesellschaftspolitisch relevanter Fragestellungen zu machen. Gelenkt von dieser Vorstellung hat sich in den Achtziger- und Neunzigerjahren eine Art Standardversion ortsgeschichtlicher Museen entwickelt, die heute in vieler Hinsicht antiquiert erscheint und das Besucherpublikum nicht mehr in dem Maße anspricht, wie das zur Entstehungszeit der Fall gewesen ist.

Jedenfalls scheint es an der Zeit, dass diese Museen sich neu erfinden. Das heißt aber nicht, dass Sie ihre Türen schließen müssten, bis den Verantwortlichen etwas Neues eingefallen ist. Es kann nicht darum gehen, den Besuchern nur etwas anderes vorzusetzen, sondern die Besucher müssen für das Museum als Ort der Selbstvergewisserung von neuem gewonnen werden. Die Rahmenbedingungen dafür sind heute zweifellos schwieriger als zu Zeiten des Museumsbooms. Ein verbindliches Themenfeld von allgemeinem Interesse, dessen Relevanz auf der Hand liegt, ist heute nicht in Sicht, aber das kann auch nicht erwartet werden. Die Gunst der Stunde, die die Museumsboomer nutzen konnten, kommt auf absehbare Zeit nicht wieder. Jede Generation muss sich das Museum neu aneignen und das bedeutet aus heutiger Sicht, die Museen müssen den langen Marsch in die Differenzierung antreten.

Dabei zeichnen sich zwei Wege ab. Eine Richtung könnte mit "Neuentdeckung der Sammlungen" überschrieben werden. Hier wurde in den letzten Jahren vor allem an den Universitäten Pionierarbeit geleistet, deren wissenschaftliche Sammelbestände regelrecht neu entdeckt worden sind. Eine kluge Netzwerkpolitik der Verantwortlichen hat überzeugend die Potentiale dieser Sammlungen aufzeigen können, deren Bedeutung weit über reine Lehrsammlungen hinausreicht, auch dann, wenn sie ursprünglich als solche angelegt worden sind. Im Bereich der naturwissenschaftlichen Sammlungen zeigt diese Initiative bereits auch auf kommunaler Ebene Wirkung.

Der zweite Weg führt, wie es aussieht, über das "Partizipative Museum", das derzeit zwar viel diskutiert wird, in seinen Konsequenzen aber noch längst nicht ausgereizt ist. Hier scheint eine neue Generation von Stadtmuseen die Richtung vorzugeben, und man darf gespannt sein, was etwa in Frankfurt oder Stuttgart in den nächsten Jahren passieren wird in Sachen "aktive Teilhabe am Aneignungsprozess", denn darum geht es ja. Die ersten Schritte sind unternommen: "Ziemlich staubfrei" war vor einigen Monaten ein Zeitungsartikel überschrieben, in dem von einer "Renaissance" städtischer Museen in Baden-Württemberg die Rede war.

"Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen" Goethes berühmte Faust-Formel liefert das passende Motto für diese Renaissance. Und man muss sagen, wo der Mann recht hat, hat er recht!

Dr. Axel Burkarth  
Landesstelle für Museumsbetreuung  
Baden-Württemberg  
Dorotheenstr.4  
70173 Stuttgart  
burkarth@landesstelle.de